

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. April 1925 von täglich zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat April 3 Goldmark. **Umsatzsteuer 10 Prozent.**  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertenerklärungen 10 Pfg. **Umsatzsteuer 10 Prozent.**

Druckmaschinen: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Nummern: 25 241.  
Stur für Nachgelieferter: 20 011.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marie-Liebig-Str. 38/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltlich Schriftstücke werden nicht übernommen.

## Hindenburg Kandidat des Reichsblocks.

### Die Vorgeschichte der entscheidenden Reichsblocksverhandlung.

#### Neue Sakurteile der Franzosen. — Rollet beantragt eine Verstärkung der Internationalen Militärkontrolle.

### Hindenburg nimmt die Kandidatur an.

**Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.**

Berlin, 8. April. Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Der Reichsblock hat heute vormittag die entscheidende Beratung über die Kandidatur für den zweiten Wahlgang abgehalten. Im ganzen Verlauf der Verhandlung hatte Dr. Jarres keinen Zweifel darüber gelassen, daß an seiner Person eine Erweiterung der Basis des Reichsblocks nicht scheitern dürfte. Nachdem die Bayerische Volkspartei mitgeteilt hatte, daß sie einer Kandidatur des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zustimmen würde, hat Dr. Jarres telegraphisch, von seiner Aufstellung Abstand zu nehmen und empfiehlt dem Reichsblock dringend, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Kandidatur zu übergeben.

Der Reichsblock beschloß daraufhin heute mittag die Kandidatur dem Generalfeldmarschall von Hindenburg anzubieten. Dieser hat sofort angenommen.

Die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei der Bayerische Bauernbund und die deutsch-hannoversche Partei haben sich außer den im Reichsblock vereinigten Parteien und Verbänden dieser Kandidatur angeschlossen und sind damit dem Reichsblock beigetreten.

### Die Vorgeschichte

Dieser endgültigen Entscheidung sei in der folgenden Meldung noch einmal zusammengefaßt:

Berlin, 8. April. Bei der Reichspräsidentenwahl geht der Kampf hart auf hart. Es ist deshalb verständlich, daß die Rechte nicht auf die Stimmen der Bayerischen Volkspartei verzichten möchte. Hier liegen die Schwierigkeiten. Die Bayerische Volkspartei ist, wie gemeldet, für Jarres nicht zu haben, wohl aber bereit, für Hindenburg zu stimmen. Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei beschloß gestern, die Kandidatur Hindenburg zu unterstützen, wenn aber diese nicht zustande kommt, so in den Anhängern der Partei die Abstimmung freizugeben. Der erste Satz über die Unterstützung der Kandidatur Hindenburg wurde mit großer Mehrheit angenommen, der Antrag, die Unterstützung auf Jarres abzugeben, wurde im Falle des Nichtzustandekommens der Kandidatur Hindenburg nur mit knapper Mehrheit.

In der vergangenen Nacht hat der Reichsblock folgende Mitteilung herausgegeben: Verschiedene Korrespondenzbüros verbreiten, daß Hindenburg eine ihm vom Reichsblock angebotene Kandidatur bereits abgelehnt habe; auch wird der angebliche Wortlaut eines Telegramms verbreitet, in dem Hindenburg seine Ablehnung mitteilt und die Kandidatur Jarres empfiehlt. Dem Reichsblock ist davon nichts bekannt. Es ist ihm noch keine

offizielle Mitteilung über eine Ablehnung von Generalfeldmarschall von Hindenburg zugegangen. Dem Reichsblock ist jedoch ein Telegramm aus Hannover zugegangen, das Hindenburg sich keine Entscheidung bis Mittwoch vorbehalten habe, um im vollen Einverständnis mit dem Reichsblock eine Entscheidung über die Kandidatur zu treffen.

Von anderer Seite wird aus Hannover gemeldet, daß gestern nachmittag die beiden deutschen Reichstagsabgeordneten Großadmiral v. Tirpitz und Dr. v. Neudell in Hannover eintrafen und von Hindenburg zu einer Besprechung über die Präsidentschaftsfrage empfangen wurden. Wie zuverlässig verlautet, hatte diese Besprechung das Ergebnis, daß sich der Generalfeldmarschall eine endgültige Entscheidung vorbehält.

Ueber die Vorgeschichte der Entsendung des Großadmirals v. Tirpitz und des Herrn v. Neudell zu Hindenburg, wird im „Völkisch-Anzeiger“ mitgeteilt: Der erweiterte Parteiausschuss der Deutschen Nationalen war zu dem Beschlusse gekommen, eine Nominierung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zum Präsidentschaftskandidaten vorzuschlagen. Auf Einladung der Deutschen Nationalen besaßen sich die Herren Scholz und Kempf vom Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, der im Reichstag tagte, nach dem Landtagsgebäude, wo sie mit den Abg. Aries, Dr. Winkler und Wallraf eine Besprechung hatten. In dieser Besprechung, die nur den Charakter eines Meinungs-austausches hatte, erklärten die Volksparteiler, wie bereits gemeldet, daß sie von sich aus bei der Kandidatur Jarres verbleiben. Sie gaben aber zu erkennen, daß eine Kandidatur Hindenburg, falls sich sämtliche anderen Parteien des Reichsblocks einheitlich dafür entscheiden sollten, an einem völkereigenen Widerstand nicht scheitern dürfte.

In diesem Stadium der Verhandlungen traf die Nachricht von einem Telegramm des Feldmarschalls v. Hindenburg an den Reichsblock ein, in dem der Feldmarschall erneut die Kandidatur Jarres empfahl.

Die gestern in großer Anzahl im Landtagsgebäude versammelten

### vaterländischen Verbände

beschlossen eine Erklärung, in der sie es mit Freude begrüßen, daß sich durch den Beitritt der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei für eine vaterländische Einheitskandidatur Hindenburgs die Grundlage des Reichsblocks entscheidend erweitert hat. Sie begrüßen es, daß sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg keine Entscheidung gegenüber einem einheitlichen Wunsch der vaterländischen Massen Deutschlands vorbehalten hat. Sie erwarten nunmehr als selbstverständlich, daß der Reichsblock entsprechend seiner Grundidee unter der Führung des Herrn Dr. Jarres Schuler an Schuler mit der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei den Generalfeldmarschall v. Hindenburg unverzüglich die Kandidatur anbietet.

### Verstärkung der J. M. S. K. durch Rollet beantragt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 8. April. Die „Baseler Nachrichten“ melden aus Paris: Die gestrige Kabinettsitzung hat neben der Annahme des Senatsprojektes auch die Annahme eines Antrags Rollet ausgedrückt, 16 weitere Offiziere der J. M. S. K. in Deutschland anzustellen.

Im Senat erlitt die Regierung Derriot gestern beim Kabinettsrat eine Niederlage mit 188 gegen 184 Stimmen. Das „Journal“ meldet: Die internationalen Kammerparteien haben eine Interpellation eingebracht, die die parlamentarische Vorlegung des Kontrollberichts über Deutschland verlangt.

### Das Entwaffnungsgutachten des Militärkomitees.

(Nach Frankfurt.)  
Paris, 8. April. Wie die Morgenblätter offenbar beabsichtigen mitteilen, wird das vom internationalen Militärkomitee in Versailles geforderte ergänzende Gutachten über die Entwaffnung Deutschlands im Laufe der nächsten Woche der Vorkonferenz vorgelegt werden, um dieser als Unterlage für die Abstimmung der Deutschland zu erteilenden Antwort zu dienen. Diese Antwort wird dem „Journal“ zufolge vor den deutschen Präsidentschaftswahlen übermittelt werden. (W. T. B.)

### Neue Kriegsgerichtsurteile.

Paris, 8. April. Das Kriegsgericht in Nancy verurteilte den deutschen Hauptmann Neyp vom 22. Inf. Regt. und den Fliegeroffizier Werner wegen angeblich im August 1914 in Valenciennes verübten Unthaten zum Tode, den Fliegerwebel und Flieger Rettelburg zu lebenslänglichem Zuchthaus, den Unteroffizier Weil und den Stadtsarzt Mauger zu je 9 Jahren Zwangsarbeit.

Paris, 7. April. Vor dem Kriegsgericht in Orleans beantragte heute der Regierungskommissar als Vertreter der öffentlichen Anklage, den ehemaligen Hauptmann Saboulet der Desertion für schuldig zu erklären und ihn zu verurteilen.

### Die Unterhausdebatte nach Churchills Rede

London, 8. April. Im Unterhause erklärte nach Churchill (Arbeiterpartei), er unterstütze die Resolution. Lloyd George drückte ebenfalls seine Zustimmung aus, während Sir Frederick Wise sich gegen die Resolution erklärte. MacDonald sagte, er bezweifle, daß die Sicherheit für England gemäß dem Dawes-Plan ebenso gut sei wie die Frankreichs. Kennworthy bezeichnete den neuen Plan als eine Erleichterung, bedauerte aber zugleich, daß die Regierung nicht die ganze Reparationsabgabe aufzugeben habe.

### Churchill

erziff darauf abermals das Wort und führte u. a. aus, es bestehe keine Gefahr, daß die neue Vereinbarung die Durchführung des Dawes-Planes behindere. Der Transfer-Ausschuss habe sie einstimmig genehmigt. Wenn England infolge der Steigerung des Handels mit Deutschland eine weit größere Summe Pfund Sterling erhalten werde, als der britische Anteil aus dem Reparationsstapel ausmache, so werde der Ueberschuß der Summe in der Reichsbank bleiben, und soweit es irgendeine Ueberschreitung über die Grenze des britischen Anteils hinaus gebe, werde der Prozeß automatisch unwirksam, und die Operation zwischen dem deutschen Exporteur und dem britischen Käufer werde lediglich den Charakter eines gewöhnlichen Handelsverhältnisses haben. In Erwiderung auf die Anregung Lord Georges, daß England irgendwelchen Ueberschuß aus der Reparationsabgabe dazu benutzen sollte, um den allgemeinen Umfang der Zollelieferungen Deutschlands zu heigern, sagte Churchill, nach dem Londoner Abkommen sei es England nicht erlaubt, Maßnahmen über seinen Anteil hinaus zu treffen, ohne dem Transfer-Ausschuss darüber Rechenschaft abzulegen. Dieser habe endgültig erklärt, daß er eine Einschränkung über den britischen Anteil hinaus grundsätzlich mißbilligen würde.

London, 8. April. Ueber die heutigen Verhandlungen zwischen britischen und russischen Gewerkschaftsvertretern wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, der besagt, der Meinungsaustrausch habe beträchtliche Fortschritte erzielt. Ein gemeinsamer kleiner Ausschuss soll die Ergebnisse der Konferenz in einem Schriftstück niederlegen. Morgen, nachmittag, werde die Vollkonferenz wieder aufgenommen. (W. T. B.)

### Eine Riesenexplosion in Amerika.

New York, 8. April. Die Munitionsfabrik der National Fire Work-Company in Danover (Massachusetts) wurde durch mehrere Explosionen zerstört. Annähernd 100 Gebäude wurde vernichtet. Der Mißbrauch, der ausbrach, konnte durch Feuerwehren aus Neben benachbarten Orten nur mit großer Mühe bekämpft werden. Die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen Menschen steht noch nicht fest. Es besteht noch immer die Gefahr, daß auch das Pulvermagazin der Fabrik von dem Brand ergriffen wird.

## Der Streit um die französische Zwangsanleihe.

### Das Notenkontingent schon seit Januar überschritten.

Paris, 8. April. „Echo de Paris“ erklärt, daß bereits im Januar 1925 das Notenkontingent überschritten worden sei. In der Zwischenzeit habe man vergeblich versucht, dies wieder auszumachen. Trotzdem habe sich das Uebel aller acht Tage, so oft die Bank von Frankreich ihren Ausweis habe herausgeben müssen, erneuert. Was man jetzt vom Lande verlangt, sei nichts anderes als ein Mittel, dem Verzug ein Ende zu machen. Das Blatt teilt weiter mit, daß fast alle Senatoren der Zwangsanleihe feindlich gegenüber seien. Diese Zwangsanleihe sei der Anfang zu einer finanziellen Inquisition. In der Kammer könne das Projekt der Regierung vielleicht mit schwacher Mehrheit durchgehen.

Die Linkspresse verteidigt das Projekt der Regierung. Die „Ere Nouvelle“, die angibt, daß das Notenkontingent bereits überschritten sei, erklärt, daß die 4 Milliarden, die die Regierung jetzt verlange, dadurch notwendig wurden, daß seinerzeit unter dem nationalen Block die Finanzminister bei verschiedenen Privatbanken ohne Zustimmung des Parlaments, und zwar zu rein wahltechnischen Zwecken, 4 Milliarden geliehen hätten. Die Bank von Frankreich habe diesen Betrag unter der Rubrik Wechselportefeuille verurteilt. Das Blatt verlangt deshalb Abtuna und Straffolgerung des Gouverneurs der Bank von Frankreich, Robineau, zumal dieser aller acht Tage mit seiner Unterschrift einen gefälschten Ausweis gedruckt habe.

### Im Finanzausschuss der Kammer

hat nach Wiederaufnahme der Sitzung Finanzminister de Monate seine Erklärungen über den von ihm vorgelegten Sanierungsplan fortgesetzt und eine Reihe von Fragen beantwortet, die an ihn gerichtet wurden. Um 11,45 Uhr verließ der Finanzminister die Sitzung, worauf die Kommission in der Beratung der einzelnen fünf Titel des Gesetzesentwurfes eintrat. Der Antrag, Titel I, betreffend die Erhöhung des Notenumlaufs um vier Milliarden Franken von den Gesetzen abzutrennen und ihn allein vorher rathschend zur Entscheidung zu bringen, wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Damit hat die Kommission ihren Willen kund-

gegeben, den Gesetzesentwurf als ein unteilbares Ganzes zur Sanierung der Finanzlage zu betrachten. Die Kommission hat hierauf entschieden, in die Einzelberatung der fünf Titel des Gesetzesentwurfes einzutreten und in deren Verlauf die verschiedenen Gegenvorschläge zu prüfen, die unterbreitet werden könnten.

### Das Frauenwahlrecht in Frankreich.

Paris, 8. April. Die Kammer hat mit 390 gegen 183 Stimmen die Vorlage über das Frauenwahlrecht bei den Gemeindevahlen angenommen. Um das Inkrafttreten des Gesetzesentwurfes für diese Wahlen zu erleichtern, beantragte die Kommission die Dringlichkeit des Gesetzesentwurfes, was sachlich-ordnungsgemäß bedeutet, daß er drei Tage nach Genehmigung des Parlaments durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger Gesetzeskraft erlangen muß. Dieser Antrag wurde mit 297 gegen 247 Stimmen abgelehnt. (W. T. B.)

### Die drohende Internationalisierung der Italiener in Frankreich und Tunis.

Rom, 7. April. „Epoca“ schildert die Bemühungen der französischen Regierung, die italienischen Auswanderer in Frankreich und Tunis zu internationalisieren. Der italienische Auswanderer, meint das Blatt, könne in Deutschland und Nordamerika der Internationalisierung ruhig trotzen, aber von Seiten Frankreichs sei die Gefahr äußerst groß, weil die italienische Kultur seit Jahrzehnten schwach und so unbedacht gewesen sei, sich in diesen Ländern unter französischem Einfluß zu stellen, so daß sich der Italiener nicht mehr den Einflüssen der französischen Kultur entziehen könne. Die italienische Kultur müsse sich daher wieder auf sich selbst besinnen und sich weder unabhängig machen. (W. T. B.)

### Die neue belgische Kammer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Brüssel, 8. April. Den Zeitungen zufolge werden die Parteien in der neuen Kammer wie folgt vertreten sein: Katholiken 78, Sozialisten 79, Liberale 22, Frontkämpfer 6, Kommunisten 2.